

## Vortragskonzept

# Pegida – böse und gute Patrioten im Clinch

0.

Die innenpolitische Aufregung der letzten Monate: Eine Welle von Demonstrationen mit massenhafter Beteiligung: **Patriotische Europäer wenden sich gegen die Islamisierung des Abendlands.**

a) Sie folgen einem sehr konstruierten Aufruf, der darauf achtet, dass die Forderungen nach Beschränkung der Zuwanderung, Überwachung, Unterdrückung und Ausweisung illegaler Ausländer, nach mehr Polizei etc. nicht gleich in den Ton der NPD fallen und damit nicht gleich der Ausgrenzung und Tabuisierung der Rechtsextremen verfallen, die im Land als politisch korrekt durchgesetzt ist. Von dieser Bemühung zeugen Forderungen wie:

„Wir sind nicht gegen das Asylrecht – aber gegen seinen Missbrauch durch Flüchtlinge.“

„Nicht gegen Ausländer – aber gegen diese Moslems mit ihrer undurchsichtigen Kultur schon.“

„Nicht gegen die nötige Zuwanderung – aber gegen die, die stattfindet.“ (So etwa lautet das 13-Punkte-Manifest vom Dezember 2014)

Zigtausend Leute folgen dem Aufruf, weil sie schon richtig verstanden haben: Hier kann man gegen Ausländer demonstrieren und gegen eine Regierung, die die hereinlässt, und ganz besonders dagegen, dass die ausländerfeindlichen Gefühle und politischen Forderungen ganz normaler Bürger bei Politikern und der „Lügenpresse“ nicht nur kein Gehör finden, sondern aus dem Spektrum anständiger, ernstzunehmender Meinungen ausgegrenzt und ins Nazi-Ghetto verbannt werden.

b) Die massenhafte Demonstrationsbereitschaft erschreckt die Offiziellen der Republik. Denn dass ein großer Prozentsatz der Bürger ausländerfeindlich denkt, das ist bekannt und eine Sache. Dass diese Meinungen die Wohnstuben und Stammtische verlassen und zur politischen Aktivität werden, dass brave Bürger ihren Alltag unterbrechen und ihren Unmut auf die Straße tragen, das signalisiert einen Grad von Groll und Entfremdung der die Verantwortlichen alarmiert – und jede Menge zivilisierter weltoffener Deutscher dazu.

c) Man tritt Pegida auf verschiedene, insgesamt sehr schlechte Weise entgegen:

- Die einen Politiker und Meinungsmacher sagen: Die spinnen ja die Pegidas, die sehen Gespenster; als ob von der kleinen Minderheit der Moslems eine Islamisierung des Abendlandes zu befürchten wäre. Dazu verweist man noch gerne auf den Umstand, dass gerade in Dresden und im Osten überhaupt kaum Anhänger des Islam zu finden sind, was die Gefahrendiagnose der Pegida noch mehr ins Unrecht setzt. Diese Pegida-Kritiker weigern sich einfach, sich zu erklären bzw. zu kritisieren, was vorliegt, wenn Mitbürger eine Moschee im Stadtteil für einen Angriff auf sich halten, wenn sie sich von Frauen mit Kopftüchern – sofern es sich nicht um bäuerliche Marktfrauen oder Ordensschwwestern handelt – herausgefordert oder sich in Straßenbahn und Supermarkt unwohl fühlen, sobald sie Nebenstehende als Ausländer oder Moslems zu erkennen glauben und dann einen Verlust ihrer Heimat beklagen. In einer Welt von Parallel-Gesellschaften, an denen sie alle nicht teilhaben, deren Innenleben sie nicht kennen und auch gar nicht kennen wollen (je nachdem: christliches Leben in der Kirche, das Leben der Reichen, die

Kommunikationsgewohnheiten von Professoren oder Fußballfans usf.), finden sie diese eine – islamische – Gemeinde, ihre Riten und Sitten unerträglich. In ihrem Vaterland wollen sie sich erst wieder daheim fühlen, wenn sie von dieser Zumutung befreit sind. Manchen Politikern genügt es, dieses politische Gefühlsleben als grundlose, irrationale Phobie abzuhaken und zu ignorieren; andere lassen es als selbstverständliches, vielleicht irrationales aber doch urmenschliches Bedürfnis – Überfremdungsangst“ – gelten und versprechen Abhilfe.

- Andere – vornehmlich Sozialpolitiker (Gabriel, aber auch Leute von der Linken, theoretisch auch ein Artikel in der Jungen Welt) übersetzen sich die Anti-Islamisierungs-Demos gleich in etwas ganz anderes: Sie deuten sie als Ausdruck „sozialer Abstiegsängste von Modernisierungsverlierern“, nehmen sie als Protest gegen Niedriglohn, Hartz-IV, schlechte Schulen und Aufstiegschancen für die Jugend. Auch dafür bietet Pegida ja Stoff: *„Es gibt in unserem Land genug arme Menschen, da sollte der Staat nicht auch noch Fremde hereinholen. Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!“* – Wenn es aber so sein sollte, warum demonstrieren die Leute nicht gegen schlechte Löhne, niedrige Renten, schlechte Ausstattung der Schulen etc., sondern gegen eine Islamisierung? Politiker sozialer Parteien ignorieren einfach die Übersetzung – übersetzen sie quasi zurück – und stellen dann Sozialpolitik in Aussicht, um die Wutbürger wieder einzufangen und von ihren zwielichtigen Anführern zu trennen.
- Auch die besseren Deutschen auf den zahlreichen Anti-Pegida-Demonstrationen verspüren gar nicht das Bedürfnis sich über Pegida ein Urteil zu bilden, ihnen genügt das Verurteilen: Was da marschiert sind Rassisten und bildungsferne Hinterwäldler. Ihren unbegründeten, weiter nicht der Befassung würdigen Un-Werten setzt man bessere Werte – Toleranz, Weltoffenheit, Modernität entgegen – und ist schon fertig mit den bösen Patrioten, wenn man sie in der Nation ins Abseits stellt.

Alle diese Anti-Pegida-Stellungnahmen nehmen den politischen Standpunkt dieser Demonstranten zur Kenntnis und lehnen ihn rundweg ab – als eine Bössartigkeit, die mit unserem Gemeinwesen und seiner Ordnung nichts zu tun hat. Ein Interesse daran, zu verstehen, worin die Politisierung von Pegida überhaupt besteht, haben sie alle nicht. Tatsächlich hat man es bei dem, was manchem als Rassismus, rätselhafter Verfolgungswahn oder hinterwäldlerische Dumpfköpfigkeit vorkommt, mit einer Konsequenz genau der politischen Grundbildung zu tun, die die regierte Menschheit im demokratischen Staat braucht und hat.

## 1. „Wir sind das Volk!“

Diesen Ruf, mit dem die Demonstranten ihre Anspruchsgrundlage aussprechen und ihre Forderungen begründen, sollte man lieber ernst nehmen, als ihnen den Ehrentitel Volk zu bestreiten und in Gegendemonstrationen selbst das eigentliche Volk repräsentieren zu wollen: Die Pegidas sind schon irgendwie das Volk – und dokumentieren, was das Volk für ein furchterregendes Kollektiv ist.

- Die eine Stoßrichtung dieses Rufs geht *gegen die Ausländer*: *„Wir sind das Volk – die nicht!“* – davon später –, die andere richtet sich *gegen den Staat*. Gegen ihn werden die Regierten frech, die sich ansonsten die Lebensumstände und Regeln von den Trägern der Staatsmacht vorgeben lassen und sich an ihnen ausrichten. Die Objekte des Regierungshandeln – früher: Untertanen – wollen das Verhältnis von Oben und Unten, von Vorgaben und Gehorsam nicht kündigen, ja gar nicht ändern; sie plädieren nur darauf, dass sie die menschliche Basis der Staatsmacht sind, die ihre Pflichten als Volk erfüllt. Gerade auf dieser Grundlage: Das regierte Menschenmaterial, das diese Rolle akzeptiert, klagt sein

Recht auf gute Herrschaft ein, und meint, eine bessere Behandlung verdient zu haben. Mit Verweis auf ihre Zugehörigkeit und Treue gegenüber ihrer Obrigkeit führen sich die Demonstranten *als unzufriedene Auftraggeber des Staates* auf und fordern von ihm die Erfüllung von Pflichten, die er gegen sein Volk hat.

- Als eingebildete Auftraggeber des Staates stellen sie das Verhältnis von Staatsmacht und regierter Menschheit auf den Kopf: Wo tatsächlich der Staat je nach Reichweite seiner Macht Grenzen zieht und so festlegt, welche Landsmannschaften zum Volk gehören, so dass sich im Lauf der Geschichte die Einwohner der diversen Landstriche an die jeweilige Volkszusammensetzung erst noch gewöhnen mussten, verstehen sich Leute, die sich als Volk aufstellen, als eine an und für sich zusammengehörige Gemeinschaft, die lediglich für ihr Funktionieren nach innen und ihren Schutz nach außen einen Staat braucht. Das Volk leugnet nach der einen Seite den gewaltsamen Ursprung seines Zusammenhangs und fordert nach der anderen mehr staatliche Gewalt für die Sicherung seiner Identität gegen Ausländer und Ausland.
- Wenn Leute sich als Volk aufstellen und im Namen der Gemeinschaft, die sie bilden, Forderungen erheben, dann abstrahieren sie von ihren besonderen Interessen und sozialen Gegensätzen. In Dresden etwa, wo immerhin ca. 5% der Einwohner auf der Straße waren, müssen Leute aus allen Schichten mit dabei gewesen sein. Arme und Reiche, gut situierte Bürger und Hartz-IVler, Bildungsferne und Akademiker. Einig demonstrieren da Leute gegen das ausländische Gesocks, die in anderen Zusammenhängen ihre Mit-Demonstranten selbst für Prekariat und Abschaum bzw. für die Großkopfeten halten, die sie nicht leiden können; als Volk können sie gut miteinander. Eigentlich abstrahieren sie nicht vom verschiedenen sozialen Status – der steht ihnen vor Augen, wenn sie z.B. anmahnen, es gebe schon genug arme Deutsche, da könne man die Ausländer nicht auch noch brauchen. Sie wissen, dass sie solche und solche Bürger sind, das macht aber nichts, wenn sie als Volk auftreten. Dann artikulieren sie Volks-Bedürfnisse, und die sind längst nicht mehr die konkreten Interessen von mir und dir. *Wovon sie wirklich abstrahieren, das sind die Gegensätze der Konkurrenz*, in die sie von der marktwirtschaftlichen Ordnung gestellt werden: Dass der eine für sich herausholt, was er anderen abnehmen kann; dass die Erfolge des Erwerbstrebens auf Kosten anderer gehen und Ergebnisse von Kämpfen sind – zwischen Anbietern und Nachfragern von Waren, Wohnraum, Arbeit; das wollen sie nicht gelten lassen. *Als Volk* betrachten Bürger die *Konkurrenzgesellschaft*, in der sie sich durchschlagen müssen, *als eine Gemeinschaft*, die eine gemeinschaftliche Lebensbewältigung betreibt: Was einer für seinen Konkurrenzenerfolg an Leistung zustande bringt, wird als Beitrag zum Leben aller aufgefasst, der sehr verschieden und verschieden wertig von den Beiträgen anderer sein kann. Und was einer gegen den anderen herausholen kann, wird verstanden als die Gegenleistung der Gemeinschaft, die er für seinen Einsatz zurückbekommt.
- Dass das eine Abstraktion ist, ist den Leuten, die sich als Volk einig werden, durchaus nicht unbekannt. Man muss sie nicht erst davon in Kenntnis setzen, dass ihre Arbeitgeber von ihnen Höchstleistungen verlangen und möglichst wenig zahlen wollen, weil aus der Differenz von Lohn und Leistung deren Gewinne entstehen. Umgekehrt wissen sie auch, dass Arbeitnehmer ihr Interesse an Lohn verfolgen und für die Firma, die ihnen nicht gehört, keine Verantwortung übernehmen wollen. Keiner der Gegensätze und feindlichen Frontstellungen der bürgerlichen Welt ist ihnen fremd: Sie sind nur entschlossen sie *von einer eigentlichen, sich gehörenden Gemeinschaft her zu interpretieren* – und zwar als Verstoß gegen Gemeinschaftspflichten. Die Volkseinheit, in deren Namen man sich fordernd aufstellt, so als ob es sie – abgesehen vom gemeinsamen Gehorsam gegenüber den Gesetzen der Regierung - gäbe, ist eine beständige Forderung an den Staat, sie mit seiner

Autorität herzustellen und gegen die privaten Interessen in der Gesellschaft durchzusetzen, die deshalb als Egoismus und als Verbrechen gegen die Gemeinschaft angeprangert werden. Wo sich Menschen als Volk zum Protest entschließen, fordern sie Gewalt von oben, damit die Gemeinschaft, an die sie glauben, wirklich werde oder wieder in Ordnung kommt und sich gegen Schädlinge behauptet. Dazu nämlich werden die Träger von Interessen ernannt, denen man die Unterordnung unter die Pflichten der Volksgemeinschaft abspricht.

- Diese moralisierende Sicht auf die kapitalistische Konkurrenzwelt ist keine absonderliche Form der politisierten Meinung und Kritik, sondern die allgemeine, gültige. Der Ruf nach Strafen für gemeinwohl-schädliches Verhalten kann sich gegen Immobilienspekulanten wenden, die normale Mitbürgern beim Wohnen abzocken, gegen Bankster, die aus Profitgier Finanzkrisen verursachen, gegen Politiker, die an den eigenen Vorteil denken, gegen Arbeitslose, die nicht gleich jede Dreckarbeit annehmen, usw. Alles, was einem Volksgenossen nicht passt und unbillig vorkommt, übersetzt er sich in eine Beschädigung der Gemeinschaft und ihrer guten Ordnung: Dass es ihm nicht so gut geht, wie er es richtig fände, das kann in seinem Gemeinwesen nicht normal sein; da muss sich wer an der Ordnung und seinen Pflichten ihr gegenüber vergangen haben. *Alles, was stört, ist ein Verbrechen, eigentlich volksfeindlich und jedenfalls volksfremd.* Gegen Ausländer richtet sich die moralisierende Umdeutung der Konkurrenz daher und zuverlässig immer.

## 2. „Solange es nur einem Dresdner Bürger schlechter geht als jedem Zuzügler aus dem Ausland, solange hat sich die Dresdner Politik um Dresdner Bürger zu bemühen.“ (Kathrin Oertel)

Alle Unzufriedenheit, die aus solchen Forderungen ja spricht, ist übersetzt in die nach Bevorzugung der Einheimischen gegenüber Zuwanderern. Dass man Deutscher ist, dass man also vom deutschen Staat regiert wird, wird positiv umgedeutet in ein *Privileg*, das einem dieser Staat schuldet, nun jedoch vorenthält, weil er Ausländer ins Land holt oder lässt.

- Der Ausländer ist im Weltbild des nationalen Idealisten die generalisierte Erklärung für alles, was seiner Meinung nach schief läuft: Dass Leute, die nicht zum Volk gehören und eigentlich gar keine Rechte haben, hier leben, arbeiten, Steuer zahlen, Schul- und Gesundheitseinrichtungen nutzen dürfen, beweist – ganz prinzipiell und zirkulär –, dass der Staat volksvergessen ist und seine Fürsorgepflicht für die eingeborenen Bürger vernachlässigt. Grund zur Unzufriedenheit haben die Volksgenossen ja immer, schließlich ist auch für viele von ihnen alles knapp und fehlt manches; dass es gäbe, was ihnen fehlt, dass ihnen also vorenthalten wird, was ihnen eigentlich zustünde, entnehmen sie dann der Tatsache, dass Fremde sich hier bewegen und ernähren können, dass Arbeit, Wohnraum, Lehrer und was auch immer ja vorhanden wären – und den Falschen zugeschoben werden. In dieser Optik ist allein die Gegenwart von Migranten ein Raub an deutschen Vorrechten. (Nur neben bei: Sie messen da den der Staat der Marktwirtschaft am Ideal einer – bescheidenen – nationalen Versorgung, als ob der je Versorgung versprochen und zu seiner Pflicht gemacht hätte. Dafür müssen die freien Bürger unter den Rahmenbedingungen, die der Staat sichert, schon selber sorgen.)
- Es hilft gar nichts, unzufriedene Volksgenossen daran zu erinnern, dass sie die Wohnverhältnisse, Jobs und Einkommen der meisten Migranten gar nicht haben wollten; es hilft auch nichts, ihnen zu erklären, dass Arbeitsplätze knapp und Löhne niedrig sind, nicht wegen der Ausländer, die unter ähnlichen Bedingungen arbeiten müssen wie sie selbst, sondern weil abendländische Unternehmer möglichst wenig Leuten möglichst wenig Lohn zahlen und den wenigen möglichst viel Leistung abverlangen und dazu die Arbeits-Suchenden

gegeneinander ausspielen: Sogar die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander, die sich unterbieten, ist den Volksgenossen geläufig – führt aber nicht zur Kritik an ihrer Erwerbsquelle Lohnarbeit, sondern zur Forderung, dass der Staat Ausländer vom deutschen Arbeitsmarkt fernhalten sollte; denn diese Konkurrenz – nur diese – könnte der Staat ihnen ersparen.

- Die ganze bösartige Forderung nach Einlösung des Privilegs, Deutscher zu sein, die ausgerechnet die Ärmsten und in ihrer sozialen Lage am meisten Gefährdeten zu Schmarotzern erklärt, die normalen Deutschen etwas wegnehmen, ist dann auch schon zufriedengestellt – jedenfalls ohne Argument für irgendwelche Ansprüche –, wenn nur die Migranten sichtbar schlechter behandelt werden als die Einheimischen. Zufriedenheit stellt sich andererseits nicht ein: Die Alltagsnöte und Ärgernisse hören für die Deutschen ja nie auf – also können die Ausländer von Staat und Wirtschaft gar nicht so schlecht behandelt werden, wie sich das vom nationalen Idealismus der kleinen Leute aus gehören würde. Für sie, die an der ganzen kapitalistischen Benutzung der Menschheit nichts auszusetzen haben, aber natürlich mit ihren Resultaten unzufrieden sind, sind die Ausländer grundsätzlich an allem schuld: Sie stören die Volksgemeinschaft mit ihrem bloßen Dasein.

### 3. Verteidigung der Heimat: „PEGIDA ist FÜR die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur!“ „Schweinefleisch statt Döner!“

Diese letzte Fassung des Übels, das Ausländer darstellen – Störung der Volksgemeinschaft – ist auch ganz direkt zu haben: Ohne die Einbildung eines bestimmten Schadens, den ihre Anwesenheit bewirkt, und ohne die Vorstellung eines besonderen Verdienstes, das sich die Einheimischen um ihre Gemeinschaft erwerben; insgesamt ohne vermittelndes Argument; einfach als Urteil des nationalen Gefühls – und eigentlich engagieren sich die Verteidiger des christlichen Abendlandes vor allem im Namen dieses Gefühls:

- Moscheen, Kopftuchmädchen, Leute mit ihrem fremden Glauben gehören einfach nicht hierher. (Für diese Erkenntnis muss man die angestammte christliche Religion weder praktizieren, noch überhaupt kennen: Es ist eben die hiesige!) Moslems stören das Stadtbild, das Zu-Hause-Gefühl der Einheimischen, ihre gefühlte Volksgemeinschaft. Dieses Gefühl braucht offenbar die *ausnahmslose Befolgung* nicht nur der staatlichen Gesetze, sondern der *Sitten und Gebräuche*, die sie selbst befolgen und gewohnt sind und zu ihrem Lebensstil erklären. Wenn da andere Leute mit anderem Glauben, anderen Familientraditionen, Ess- und Bekleidungsgehnheiten sich in der Stadt herumtreiben, weiß man gar nicht mehr, was gilt und wer hier eigentlich zu Hause ist. Ohne Verbindlichkeit für alle erscheinen ihnen ihre Alltagsgebräuche entwertet – sie haben für sie gar keine andere Bedeutung als die nationale: sie weisen sie aus und adeln sie als Zugehörige zum Volk.
- Umgekehrt ausgedrückt, ist es die unbedingte Ein- und Unterordnung unter die national und regional gültigen Sitten – für die es weiter keine Gründe gibt und man auch keine weiß –, die das Positive, das die Menschen Verbindende ausmacht: Dass man sich die Umstände, an denen man sich ausrichtet, nicht herausgesucht, die Sitten, denen man folgt, nie geprüft und bewertet hat, dass man borniert einfach nichts anderes kennt und gewohnt ist und das Vorgegebene bejaht: Das trägt die Vorstellung einer *Verwurzelung im Volkstum*, in das man eben reingeboren ist wie in eine Familie und dem man ohne eigenes Urteil und Willen subsumiert ist: So gehört sich's bei und, so sind wir eben, so passt's zu uns. Das ist die Bedeutung von „Heimat“, die keine Gegend ist: Die hässlichsten Reviere und dürftigsten Lebensumstände können Heimat sein, denn sie ist nichts als das gewollte Verhältnis der urteilslosen Zugehörigkeit zu einem Größeren Ganzen. So machen Nationalisten das

Verhältnis des Bürgers zum Staat – unbedingte Loyalität und Unterordnung als gewollte Zugehörigkeit zu ihrer gefühlten nationalen und regionalen Identität – ohne dass der Staat überhaupt noch vorkommt.

- Die Gleichung von unbedingter Unterordnung – ein Müssen – und dem Dementi dieses Müssens durch Bejahung, die dann als Lebensform und Identität gepflegt wird, wird *geständig im Verhältnis zu den Zuwanderern*: Für sie sind unsere Sitten und Gewohnheiten, die nicht die ihren sind, eine Pflicht, auf der „Wir“ gegen sie bestehen – Integration! Andererseits wären diese Sitten, die uns in Fleisch und Blut übergegangen sind, für diese Leute eine äußere Pflicht, die ihnen nie so natürlich werden kann wie uns: Ihnen kann das Dementi der Pflicht nie glaubhaft gelingen. Schön ist die Dialektik folgender Pegida-Parole: „*Wer Deutschland nicht liebt, soll es verlassen!*“ – Liebe zu Deutschland als größte Pflicht – und zugleich darf es Pflicht nicht sein, sondern Liebe!

#### 4. Anti-Pegida-Demonstranten,

- die den gehässigen und fremdenfeindlichen Charakter dieser Demos merken und nicht leiden können, machen den Fehler, sich gar nicht mit der untertänig-aggressiven Logik von Volk – Volksgemeinschaft – Heimat zu befassen und den Nationalismus als politischen Gedanken zu kritisieren. Sie erwidern Pegida auf derselben Ebene: Sie schämen sich für diese hässlichen Deutschen, nehmen also selbst das Repräsentationsverhältnis zum deutschen Volk ein, bestreiten Pegida, das Volk zu vertreten, und setzen ihr: „Wir sind das *eigentliche Volk!*“ dagegen, wenn sie zusammen mit Bürgermeister und Politikern sich bemühen, für ein buntes und weltoffenes Deutschland mehr Bürger auf die Straßen zu bringen als Pegida. Das ganze Urteil über Pegida ist, wie gesagt, die *Verurteilung*: Das gehört sich nicht für einen guten Deutschen.
- Sie wenden sich gegen deren vorgestellte Naturwüchsigkeit des Volkstums, die sie Rassismus nennen, und setzen dagegen andere Ideale einer erst entstehenden, für neue Einflüsse offene Gemeinschaft, zu der auch sie die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft veredeln. Ihre weltoffenen Ideale möchten sie durchaus denen zur Pflicht machen, die sie nicht von vornherein – wie sie – als Lebensstil und Identität empfinden und praktizieren: Ihnen predigen sie Toleranz, Unterschiede müsse man aushalten können; als ob es – außer für die Heimatverteidiger von Pegida – bei der Anwesenheit von Einwanderern überhaupt irgend etwas auszuhalten gäbe.
- Unter diesem Gesichtspunkt – mögen verschiedene Anti-Pegidas in anderen Hinsichten noch alle möglichen Kritiken an ihrem Deutschland haben – erklären sie sich mit dem bunten Deutschland, das durch Zuwanderung vielfältiger und interessanter wird, ziemlich einverstanden: Auch die gefühlige Beziehung zum politischen Zusammenhang Nation verschmähen sie also nicht: Das bunte Deutschland ernennen sie zu einer Heimat, zu der sie Ja sagen können. So kommt die Eigentümlichkeit zustande, dass Pro und Anti-Demonstranten untereinander um nichts also die richtige Selbstauffassung der deutschen Identität streiten; und bei Pegida und ihren Gegnern sich verdammt unzufriedene und überwiegend zufriedene deutsche Staatsbürger gegenüberstehen.